

BRACHTTAL

04.03.2015



Stürz sieht Ende der Durststrecke

Brachtal treibt Haushaltsausgleich voran

Brachtal (erd). Der Brachtaler Bürgermeister Christoph Stürz sieht die Entwicklung in der Gemeinde recht positiv. So werde der Haushalt für 2015 am 12. März in die Gemeindevertretung eingebracht. „Wir haben bereits über 1 Million Euro konsolidiert. Wir sind auf einem guten Weg“, sagt Stürz. Er will das Konsolidierungsziel erreichen und die Schutzschirmauflagen erfüllen. Voran gehen soll es bei der Windkraft, den Blitzern, aber auch bei der Keramik, dem Jagdschloss Eisenhammer und der Partnerschaft mit Rybachy.

Bürgermeister Stürz erklärte, dass der Haushaltsentwurf für 2015 bereits im Gemeindevorstand beraten wurde und am 12. März in die Gemeindevertretung gehen soll. Dabei seien mehrere wichtige Punkte fast vollständig erfüllt worden. Das Konsolidierungsziel ist erreicht, die Schutzschirmvorgaben würden bis auf wenige Euro eingehalten und es gebe keine Netto-Neuverschuldung, mit der eine Haushaltsgenehmigung ohnehin nicht möglich wäre. Dennoch werde investiert, wo es nötig sei, etwa bei den Feuerwehrhäusern in Schlierbach und Udenhain.

Stürz glaubt, dass das Land die Kommunen „verar...t“, denn es werde groß verkündet, dass es keiner Gemeinde schlechter gehe, aber in Brachtal würden die Schlüsselzuweisungen um 100 000 Euro gekürzt und gleichzeitig die vom Gericht als verfassungswidrig festgestellte Kompensationsumlage sogar noch um 15 000 Euro erhöht.

Im Finanzergebnishaushalt ergebe sich ein Defizit von 255 000 Euro, das über Kredite abgedeckt werde. Den Investitionen stehe aber ein Gegenwert gegenüber.

Ärgerlich ist der Rathauschef auch über den Bund. Der schütze 5 Milliarden Euro aus, doch würden die Kommunen nur zweckgebunden bedacht, etwa bei Straßenbau oder bei der Kinderbetreuung.

Der neue Haushaltsentwurf sei ausgeglichen. Der Kämmerer habe zahlreiche Kniffe angewandt, um dieses Ziel zu erreichen. Dennoch müsse auch die Grundsteuer B weiter angehoben werden. Nötig sei dies, weil die Einnahmen aus der Windkraft und den Geschwindigkeitmessanlagen noch ausbleiben. Doch Stürz will die Bürger an anderer Stelle wieder entlasten. Deshalb soll der Überschuss aus der Abfallgebühr nicht wie ursprünglich geplant über fünf Jahre, sondern komplett in einem Jahr zurückgezahlt werden. Ab dem Jahr 2016 rechnet Stürz dann mit den Einnahmen aus der Windkraft und möchte die Grundsteuer B wieder senken, um die Bürger nicht über das erträgliche Maß zu belasten.

Bei der Windkraft seien alle Verträge mit den Nachbar geschlossen. Die Firma Renertec plane, führe Gespräche mit der Deutschen Flugsicherung und wolle demnächst, wenn alle erforderlichen Gutachten vorliegen, einen Antrag beim Regierungspräsidium stellen. Doch Stürz greift auch die CDU: „Wir wären schon weiter, wenn die CDU nicht auf der Bremse gestanden hätte.“ Zu viele Sitzungen hätten viel Zeit gekostet. Auch hätten sich die Bedenken zerstreut. Die CDU habe befürchtet, dass 80 Prozent der Einnahmen eines Windrads mit etwas heiklem Standort an die Nachbarn fallen. Nach Verhandlungen seien es nun aber nur 8 Prozent.

Mehr dazu lesen Sie in der GNZ vom 5. März.



0 Kommentare GNZ

Einloggen

Nach Besten sortieren

Empfehlen Teilen



Die Diskussion starten...

Schreiben Sie den ersten Kommentar.

AUCH AUF GNZ

WAS IST DAS?

Fall Tugce: Heftiger Streit als Auslöser? (1239072)

3 Kommentare • vor einem Monat

Günter Lauke — Diesen YUGO-Verbrecher in den KNAST! Dann ABSCHIEBEN! Und noch 25 ...

Veritas AG entlässt hunderte Mitarbeiter (1254596)

9 Kommentare • vor 14 Tagen

Veritaner — Haltet uns bitte auf dem Laufenden, intern erfährt man ja nichts

Ausbau der B 276 beginnt (1263722)

Ein Kommentar • vor 10 Tagen

Günter Lauke — Schöne Scheisse!

Stadt will Joh-Areal kaufen (1268293)

Ein Kommentar • vor 6 Tagen

Günter Lauke — HEUREKA! Endlich! Macht doch mal was SCHÖNES aus dem JOH! => Sonst bleibt GNs ...

Abonnieren

Disqus deiner Seite hinzufügen

Datenschutz

